

Protokolleintrag vom 10.11.2010

2010/456

Postulat von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Jedidjah Bollag (SVP) vom 10.11.2010: Einstellung der Prämienverbilligungen an abgewiesene Asylbewerber

Von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Jedidjah Bollag (SVP) ist am 10. November 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Ausrichtung von Prämienverbilligungen bei Krankenkassenversicherungen an abgewiesene Asylbewerber (Sans-Papiers, illegal Anwesende) umgehend eingestellt werden kann.

Begründung:

In der Stadt Zürich beziehen zahlreiche Sans-Papiers Prämienverbilligungen. Das Geld wird direkt an die Krankenkassen überwiesen. Das Profitieren von staatlichen Leistungen durch Illegale ist unhaltbar. Das Bundesamt hält zwar fest, dass Sans-Papiers ein Anrecht auf Prämienverbilligungen hätten. Die Rechtslage dazu ist aber in verschiedener Hinsicht unklar, u.a. können laut kantonalem Recht nur Steuerpflichtige Prämienverbilligungen erhalten.

Der Bundesrat will die Situation zur Klärung überprüft haben. Das soll aber frühestens Ende 2011 der Fall sein. Das Bundesamt für Migration (BFM) empfiehlt indessen, abgewiesene Asylbewerber nicht mehr in das Krankenversicherungssystem aufzunehmen. Das sehen viele andere Kantone und Gemeinden in der Schweiz auch so. Ein Staat muss Illegale ausweisen und nicht noch weitere mit Unterstützungsleistungen anlocken. Sonst macht er sich als Rechtsstaat unglaubwürdig und wird zum Gespött. Es ist verlogen, wenn mit Steuergeldern eine Krankenkasse für Leute finanziert wird, die sich illegal hier aufhalten und sich, wie die Sans-Papiers, um die Aufenthaltsbestimmungen füttern.

Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Stadt Zürich mit Steuergeldern einem späteren Entscheid weiter voraus eilen soll. Falsch verstandene und unnötige Grosszügigkeit ist von vielen Bürgern und Bürgerinnen kaum nachvollziehbar und wird nicht mehr goutiert.

Mitteilung an den Stadtrat